

Nordische Gewerkschaften unter Druck

Der Angriff rechter Parteien auf das Gent-System in Schweden und Dänemark

Die nordischen Länder galten lange Zeit als Paradies für Gewerkschaften, was sich in einem enorm hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad widerspiegeln. Seit Ende der 1990er Jahre haben aber auch die nordischen Gewerkschaften mit substanziellen Mitgliederverlusten zu kämpfen. Während dies zum Teil auf den wirtschaftlichen Strukturwandel zurückzuführen ist, zeigt dieser Beitrag, dass die Politik rechter Regierungen diesen Trend in Schweden und Dänemark erheblich verschärft hat. Den wichtigsten Angriffspunkt bildete die in diesen Ländern von den Gewerkschaften verwaltete Arbeitslosenversicherung, traditionell ein wichtiges Rekrutierungsmittel nordischer Gewerkschaften.

FRANK BANDAU

1 Einleitung

In allen westlichen Demokratien sind die Gewerkschaften seit mehreren Jahrzehnten mit einem Rückgang ihrer Mitgliederzahlen konfrontiert. Mit ursächlich hierfür sind zweifellos der Strukturwandel, insbesondere das Schrumpfen des Industriesektors, sowie gesellschaftliche Wandlungsprozesse. Ein Blick in die Vergangenheit zeigt allerdings auch, dass es häufig gezielte politische Entscheidungen waren, die zum Mitgliederschwund der Gewerkschaften beigetragen haben. Die bekanntesten Beispiele einer frontal gegen die Gewerkschaften gerichteten Politik stammen dabei aus dem angelsächsischen Raum, allen voran das aggressive Vorgehen Margaret Thatchers und Ronald Reagans in den 1980er Jahren (Freeman/Pelletier 1990; Hacker/Pierson 2010, S. 56ff.). Aber auch die von der Politik flankierte Liberalisierung der industriellen Beziehungen in Deutschland fällt in diese Kategorie (Streeck 2009). In Deutschland hat diese Politik dazu beigetragen, dass inzwischen nicht einmal mehr jeder fünfte Beschäftigte einer Gewerkschaft angehört.

Vor diesem Hintergrund erscheinen die nordischen Länder mit einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von zeitweise über 80 % geradezu als Paradies für Gewerkschaften. Wie ist diese Sonderstellung zu erklären? Als ein wichtiger Grund für die Fähigkeit, eine außer-

ordentlich große Zahl an Mitgliedern an sich zu binden, werden in der Literatur die stark ausgeprägten institutionellen Machtressourcen der nordischen Gewerkschaften angesehen, allen voran das sogenannte Gent-System (Ebbinghaus/Visser 1999; Scruggs 2002). Darunter wird eine Organisationsform der Arbeitslosenversicherung verstanden, bei der die Absicherung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Arbeitslosigkeit über gewerkschaftlich geführte Arbeitslosenkassen erfolgt (Leonardi 2006).

Seit Ende der 1990er Jahre haben aber auch die Gewerkschaften in den nordischen Ländern mit substanziellen Mitgliederverlusten zu kämpfen. Wie dieser Beitrag anhand der Fälle Schwedens und Dänemarks zeigen wird, haben gezielte Angriffe rechter Regierungen auf das Gent-System einen beträchtlichen Anteil an dieser Entwicklung. Die Länderstudien zeigen dabei, dass die rechten Parteien ihr Ziel nicht etwa über eine Abschaffung, sondern eine Aushöhlung des Gent-Systems erreichten. Dazu bedienten sie sich unterschiedlicher Reformstrategien, die die Anreizstrukturen des Systems änderten und damit viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dazu bewegten, die Gewerkschaften zu verlassen.

Der Beitrag thematisiert zunächst, welche allgemeinen Entwicklungen zum Mitgliederschwund der nordischen Gewerkschaften beitragen (Abschnitt 2). Daran anschließend wird theoretisch dargelegt, wie rechte Regierungen diesen Prozess durch gezielte Angriffen auf das Gent-System verschärfen können (3). Die Abschnitte 4 und 5 zeich-

nen sodann nach, wie rechte Regierungen in Schweden und Dänemark bei der Aushöhlung des Gent-Systems tatsächlich vorgegangen sind. Der abschließende Ausblick (6) ist der Frage gewidmet, ob die Gewerkschaften auf Gegenmaßnahmen der Sozialdemokraten setzen können.

2 Nordische Gewerkschaften unter Druck

Die nordischen Gewerkschaften erfreuen sich nach wie vor eines im internationalen Vergleich außergewöhnlich hohen Organisationsgrads. Waren in den 1990er Jahren zeitweise noch über 80 % der Beschäftigten Mitglied einer Gewerkschaft, hat der gewerkschaftliche Mitgliederschwund seitdem allerdings auch die nordischen Länder erfasst (*Tabelle 1*). Ein Teil dieses Rückgangs kann auf Entwicklungen zurückgeführt werden, mit denen sich auch deutsche Gewerkschaften konfrontiert sehen: Der Strukturwandel von der Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft, Privatisierungen und Outsourcing, die Ausweitung atypischer Beschäftigungsverhältnisse sowie zunehmend auf einem individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül basierende Einstellungen der Beschäftigten gegenüber den Gewerkschaften (Gumbrell-McCormick/Hyman 2013, S. 29ff.).

Eine besondere Herausforderung für die nordischen Gewerkschaften stellt die EU-Mitgliedschaft dar, da Arbeitnehmerfreizügigkeit und Dienstleistungsfreiheit in Branchen wie dem Transport- und Baugewerbe das auf Tarifverhandlungen basierende Lohnsystem zu unterwandern drohen¹ (für umfassende Betrachtungen zur Lage in Schweden und Dänemark siehe Bruhn et al. 2013; Refslund/Sørensen 2016). Das Zusammenspiel der genannten Faktoren sorgt dafür, dass der gewerkschaftliche Organisationsgrad in den nordischen Ländern insbesondere unter bestimmten Personengruppen deutlich gesunken ist, darunter junge Menschen, Beschäftigte in Sektoren mit starker Arbeitsmigration sowie Personen in atypischer und prekärer Beschäftigung. In Schweden beispielsweise sank der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in der Altersgruppe der 16- bis 24-Jährigen von 78 % Mitte der 1990er Jahre auf 39 % im Jahr 2017. Die Arbeitergewerkschaften haben im Gegensatz zu den Angestelltengewerkschaften seit Mitte der 1990er Jahre einen stetigen Rückgang zu verzeichnen, Bereiche wie das Hotel- und Gaststättengewerbe sind besonders stark betroffen (Larsson 2017; für Dänemark siehe Due et al. 2010).

Zwar liegen diesen Trends auch strukturelle Ursachen zugrunde, die nationale Politik ist durch Reformen wie die Liberalisierung des Arbeitsmarktes jedoch maßgeblich an der Entwicklung beteiligt. In den skandinavischen Ländern wurde eine derartige Politik durch zwei Änderungen in der politischen Sphäre begünstigt. Zum einen

TABELLE 1

Gewerkschaftlicher Organisationsgrad im internationalen Vergleich

Angaben in Prozent

	1960	1990	2000	2013
Finnland	31,9	72,5	75,0	69,0
Schweden	72,1	79,4	79,1	67,7
Dänemark	56,9	75,3	73,9	66,8
Belgien ^A	39,3	53,9	56,2	55,1
Norwegen	60,0	58,5	54,4	52,1
Italien	24,7	38,8	34,8	37,3
Irland	45,3	48,5	38,0	29,6
Österreich	67,9	46,9	36,6	27,8
Kanada	29,2	35,8	28,2	27,1
Großbritannien	40,4	38,2	30,2	25,8
Deutschland	34,7	31,2	24,6	18,1
Japan	32,3	25,4	21,5	17,8
Niederlande	41,7	24,6	22,9	17,8
Australien	50,2	39,6	25,7	17,0
Schweiz	31,0	22,7	20,2	16,2
USA	30,9	15,5	12,9	10,8
Frankreich	19,6	10,0	8,0	7,7

A Partielles Gent-System: Gesetzliche Arbeitslosenversicherung, aber Gewerkschaften sind an der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung beteiligt.

Anmerkung: Länder mit Gent-System sind grau unterlegt. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad gibt den Anteil der Gewerkschaftsmitglieder an der Gesamtzahl der abhängig Beschäftigten wieder.

WSI Mitteilungen

Quelle: OECD

setzten die Sozialdemokraten im Rahmen ihrer Politik des „Dritten Weges“ vermehrt auf neoliberale Rezepte, was insbesondere in Dänemark das Verhältnis zu den Gewerkschaften nachhaltig beschädigte (Allern et al. 2007). Zum anderen büßten die Sozialdemokraten ihre historische Vormachtstellung ein, während es gleichzeitig zu einem Erstarken rechter Parteien kam (Jochum 2012, S. 92ff.). In ihren Regierungszeiten trieben die rechten Parteien nicht nur die Liberalisierungspolitik voran, sondern zielten auch direkt auf die Macht der Gewerkschaften, indem sie z. B. die steuerliche Absetzbarkeit der Gewerkschaftsbeiträge einschränkten. Den wichtigsten Ansatzpunkt rechter Regierungen bildete in dieser Hinsicht allerdings das Gent-System.

¹ Dies wird durch das „Laval-Urteil“ (2007) des Europäischen Gerichtshofs illustriert. Darin wurden Streiks schwedischer Gewerkschaften gegen ein lettisches Bauunternehmen, das in Schweden „lettische Löhne“ gezahlt hatte, mit Verweis auf die Dienstleistungsfreiheit für illegal erklärt (Woolfson et al. 2010).

3 Das Gent-System: Zentrale Machtressource der nordischen Gewerkschaften

Im Gegensatz zu den gebräuchlichen staatlichen Sicherungssystemen besteht die Arbeitslosenversicherung im Gent-System, benannt nach der belgischen Stadt, in der es Anfang des 20. Jahrhunderts erstmals eingeführt wurde, aus freiwilligen Arbeitslosenkassen, die von den Gewerkschaften verwaltet werden. Anders als in Deutschland sind Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer also nicht automatisch über die staatliche Arbeitslosenversicherung gegen Arbeitslosigkeit abgesichert, sondern nur, wenn sie Mitglied in einer der – in der Regel nach Berufsfeldern getrennten – gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen sind. Aus diesem Grunde hat sich das Gent-System in der Vergangenheit als exzellentes Rekrutierungsinstrument für die Gewerkschaften erwiesen (Clasen/Viebrock 2006; Leonardi 2006). Nachdem in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts eine Reihe von europäischen Staaten das Gent-System eingeführt hatte (Rothstein 1992, S. 43ff.), ist dieses heutzutage nur noch in drei nordischen Ländern, nämlich Schweden, Dänemark und Finnland, sowie, in deutlich abgewandelter Form, in Belgien² vorzufinden.

Die außerordentliche Bedeutung des Gent-Systems für die Gewerkschaften wird durch *Tabelle 1* verdeutlicht. Die drei nordischen „Gent-Länder“ weisen den mit Abstand höchsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad aller westlichen Industriestaaten auf – auch deutlich höher als Norwegen, das als einziges nordisches Land über kein Gent-System verfügt. Der grundsätzlich enge Zusammenhang zwischen Gent-System und hohem gewerkschaftlichen Organisationsgrad wird durch zahlreiche empirische Studien bestätigt, die auch andere politische und ökonomische Erklärungsfaktoren einbeziehen (Ebbinghaus/Visser 1999; Schnabel 2013; Western 1997). Interessanterweise ist dabei – entgegen dem in anderen Ländern beobachtbaren Trend – gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit ein Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften zu beobachten (Checchi/Visser 2005; Scruggs 2002). Schließlich zeigen auch Befragungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass die Arbeitslosenversicherung für viele einen zentralen Grund für die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft darstellt, wobei dies – wenig verwunderlich – insbesondere für Personen gilt, die ein höheres Risiko haben, arbeitslos zu werden (Høgedahl 2014; Waddington 2015).

3.1 Wie kommt es zum „Gent-Effekt“?

Die Frage, die sich daran anschließt, lautet, wie es zum „Gent-Effekt“ kommt, also wie genau Gewerkschaften vom Gent-System profitieren. Hier zeigen aktuelle Befunde, dass das bloße Vorhandensein dieses Systems nicht ausreichend ist (Rasmussen/Pontusson 2017). Vielmehr

entscheiden sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufgrund des Gent-Systems nur dann für eine Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft, wenn dieses die nötigen Anreize bietet. Die Stärke der Anreize ist dabei vor allem von drei Faktoren abhängig: Erstens die Höhe der Kosten der Mitgliedschaft, zweitens die Höhe der Leistungen im Falle der Arbeitslosigkeit und drittens die Stärke der Verknüpfung zwischen Mitgliedschaft in einer Arbeitslosenkasse und Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft.

Die Kosten der Mitgliedschaft in einer Arbeitslosenkasse richten sich in erster Linie danach, wie stark der Staat die Arbeitslosenversicherung durch Steuermittel unterstützt. In den drei nordischen Ländern wurde die Finanzierung im Laufe des 20. Jahrhunderts immer stärker auf eine Steuerfinanzierung umgestellt. In den 1990er Jahren machten Mitgliedsbeiträge daher nur einen geringen Teil der Finanzierung aus, etwa 5 % in Schweden und Finnland und etwa 20 % in Dänemark (Høgedahl/Kongshøj 2017, S. 371f.). In Schweden lagen die Kosten damit beispielsweise bei umgerechnet etwa 10 € im Monat. Diesen Kosten steht der potenzielle Nutzen in Form von Lohnersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit gegenüber. Neben der Lohnersatzrate sind hier Aspekte wie die maximale Bezugsdauer und Bezugskriterien von Bedeutung, die über die Wahrscheinlichkeit des Leistungsbezugs entscheiden. Auch in dieser Hinsicht lagen die Gent-Länder Schweden und Dänemark in den 1990er Jahren deutlich über dem OECD-Durchschnitt (Jochum 2012, S. 171ff.). Ein letzter zentraler Punkt ist die Verbindung zwischen Arbeitslosenkassen und Gewerkschaften. Hier ist zum einen wichtig, ob es Alternativen zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen gibt. Zum anderen wird die Entscheidung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aber auch dadurch beeinflusst, ob die Mitgliedschaft in einer gewerkschaftlichen Arbeitslosenkasse ohne gleichzeitige Gewerkschaftsmitgliedschaft möglich ist. Dies ist in den nordischen Gent-Ländern zwar der Fall, aufgrund der geringen Transparenz und zusätzlicher Anreize seitens der Gewerkschaften war die Doppelmitgliedschaft jedoch lange Zeit die Regel (Clasen/Viebrock 2006).

Zusammenfassend lässt sich somit festhalten, dass die Anreize für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft stark sind, wenn die Mitgliedsbeiträge der Arbeitslosenkassen niedrig sind, wenn das Leistungsniveau der Arbeitslosenversicherung hoch ist und wenn es eine enge Verbindung zwischen Mitgliedschaft in der Arbeitslosenkasse und Gewerkschaft gibt.

² Belgien verfügt über eine gesetzliche Arbeitslosenversicherung, die dortigen Gewerkschaften profitieren allerdings von ihrer Beteiligung an der Auszahlung des Arbeitslosengelds (Vandaele 2006).

3.2 Reformstrategien rechter Regierungen

Das Zusammenspiel niedriger Mitgliedsbeiträge, hoher Sozialleistungen und der (wahrgenommenen) Einheit von Arbeitslosenkassen und Gewerkschaften schuf bis in die 1990er Jahre starke Anreize für eine Gewerkschaftsmitgliedschaft. Das Verständnis dieser Zusammenhänge erlaubt es jedoch auch, Ansatzpunkte für rechte Regierungen zu identifizieren, die an einer Schwächung der Gewerkschaften interessiert sind. Insgesamt lassen sich dabei drei Reformstrategien unterscheiden:

(1) Die erste Option besteht in der völligen *Abschaffung des Gent-Systems* zugunsten einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung. Dies stellt die direkteste Strategie dar, um den Gent-Effekt auszuschalten. Ein solches Vorgehen dürfte allerdings starke Proteste der Gewerkschaften provozieren. Außerdem erscheint die Einführung einer staatlichen Pflichtversicherung zumindest für marktliberale Parteien nicht sonderlich attraktiv.

(2) Die zweite Reformstrategie besteht in der *Aushöhlung des Gent-Systems*. Die Struktur wird dabei intakt gelassen, während die Parameter bei Finanzierung und/oder Leistungen geändert werden. Auf der Finanzierungsseite bedeutet dies einen Rückzug des Staates, was höhere Mitgliedsbeiträge nach sich zieht. Auf der Leistungsseite sind direkte Leistungssenkungen vorstellbar, also zum Beispiel eine Absenkung der Lohnersatzrate. Eine Verschärfung der Anspruchskriterien für den Bezug des Arbeitslosengeldes verringert jedoch ebenfalls die Attraktivität des Gent-Systems.

(3) Eine dritte Strategie stellt die *Entkopplung von Arbeitslosenkassen und Gewerkschaften* dar. Dies kann auf mehreren Wegen geschehen. Ein Ansatz besteht darin, die Trennung von gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen und Gewerkschaften klarer zu machen, beispielsweise durch eine Trennung der zugehörigen Mitgliedsbeiträge. Ein aggressiverer Ansatz besteht in der Schaffung nicht-gewerkschaftlicher Arbeitslosenkassen.

Die beiden letztgenannten Reformstrategien haben für rechte Regierungen den Vorteil, dass sie mit der Verfolgung anderer ideologischer Ziele sowie mit Stimmenfang verbunden werden können. Die Aushöhlung des Gent-Systems bedeutet nicht nur eine Entlastung des Haushalts, sondern kommt außerdem einer Liberalisierung gleich, was den Vorstellungen vieler rechter Parteien entspricht. Die Schaffung nicht-gewerkschaftlicher Arbeitslosenkassen kann ebenfalls als Ausweitung des Wettbewerbs propagiert werden. Außerdem kann diese Reformstrategie beim Kampf um Wählerstimmen helfen, wenn nicht-gewerkschaftliche Arbeitslosenkassen die Versicherung zu einem geringeren Preis anbieten können als gewerkschaftliche Arbeitslosenkassen.

Im Folgenden wird nun anhand der beiden Gent-Länder Schweden und Dänemark genauer beleuchtet, wie rechte Regierungen mit Attacken auf das Gent-System zur Schwächung der Gewerkschaften beitrugen und welcher Strategien sie sich dabei bedienten. Auch in Finnland ist eine Abschwächung des Gent-Effekts zu beobachten. Die entscheidende Änderung bestand dort in der Einführung einer unabhängigen Arbeitslosenkasse im Jahre 1992. Die Einführung dieser unabhängigen Arbeitslosenkasse ging in diesem Fall jedoch nicht von rechten Parteien aus, sondern beruhte auf einer Initiative mehrerer Kleinunternehmer. Die Einführung der neuen Arbeitslosenkasse erfolgte zwar unter einer Mitte-Rechts-Regierung, allerdings erkannten weder die in der Opposition befindlichen Sozialdemokraten noch die Gewerkschaften zu diesem Zeitpunkt die langfristigen Folgen dieser teilweisen Entkopplung der Arbeitslosenversicherung von den Gewerkschaften (Bandau 2017, S. 24f.; Böckerman/Uusitalo 2006).

4 Schweden: Aushöhlung des Gent-Systems

Seit Beginn der 1990er Jahre gab es in Schweden zwei Phasen rechter Regierungen (1991–1994 und 2006–2014), jeweils unter Führung der marktliberalen Konservativen. Wie sich zeigen wird, sind beide Regierungszeiten von Angriffen auf das Gent-System geprägt, das in den 1930er Jahren von den Sozialdemokraten (SAP) eingeführt und in den folgenden Jahrzehnten massiv ausgebaut worden war (Bandau 2015, S. 178ff.; Rothstein 1992).

Die Anfang der 1990er Jahre von der Mitte-Rechts-Regierung unter der Führung des Konservativen Carl Bildt gewählte Strategie entsprach einem Frontalangriff auf das Gent-System und die Gewerkschaften (Bandau 2015, S. 189ff.). Im Jahre 1992 setzte die Regierung eine Kommission zur Reformierung der Arbeitslosenversicherung ein, die entgegen den politischen Gepflogenheiten so ausgestaltet war, dass weder SAP noch Gewerkschaften einen Einfluss auf deren Empfehlungen hatten. In ihrem Abschlussbericht forderte die Kommission die Schaffung einer gesetzlichen Arbeitslosenversicherung, die paritätisch von Arbeitnehmern und Arbeitgebern finanziert werden sollte. Die gewerkschaftlichen Arbeitslosenkassen sollten nach den Plänen der Regierung zwar erhalten bleiben. Aufgrund der weiterhin zusätzlich zu entrichtenden Mitgliedsbeiträge wären sie jedoch deutlich teurer gewesen als die staatliche Arbeitslosenkasse. Im Grunde liefen die Pläne der Regierung damit auf die Abschaffung des Gent-Systems hinaus.

Trotz massiver Proteste der Gewerkschaften, die zehntausende Mitglieder auf die Straße brachten, passierte das Gesetz im Juni 1994 und damit kurz vor Ende der Amtszeit

der Bildt-Regierung den schwedischen Reichstag. Weil SAP und Linkspartei gegen das Gesetz stimmten, basierte der Abstimmungserfolg der bürgerlichen Minderheitsregierung dabei auf der mehrheitlichen Enthaltung der Rechtspopulisten. Während die Rechtfertigung der Regierung, mit dem Gesetz mehr Arbeitslose abzusichern, durch die gleichzeitige Verschärfung der Anspruchskriterien konterkariert wurde, gab es aus den Reihen der Regierungsparteien auch Stimmen, die nicht verhehlten, dass sich das Gesetz gegen die Gewerkschaften richtete (Bandau 2017, S. 15f.).

Die Verabschiedung der Reform nur wenige Wochen vor der Reichstagswahl im Herbst 1994 sorgte jedoch dafür, dass die institutionellen Änderungen zum Zeitpunkt der Wahl noch nicht umgesetzt waren. Die Sozialdemokraten nutzten dies und versprachen, die Reform im Falle eines Wahlsiegs rückgängig zu machen. Tatsächlich ging die SAP als Sieger aus der Wahl hervor und konnte ihr Versprechen mit Unterstützung der Linkspartei erfüllen. Die Pflichtversicherung wurde vor der geplanten Einführung wieder abgeschafft und das Gent-System wiederhergestellt. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer profitierten von einer Senkung der Beiträge, der Wiederherstellung der langen Bezugsdauer und einer Lockerung der Anspruchskriterien. Das Gent-System hatte den ersten Angriff der bürgerlichen Parteien damit weitestgehend unbeschadet überstanden (Bandau 2015, S. 193f.).

Die nächste Möglichkeit, das Gent-System zu attackieren, ergab sich für das bürgerliche Lager erst, als es 2006 im Wahlbündnis „Allianz für Schweden“ die Macht zurückeroberete. Und tatsächlich machte sich die neue Mitte-Rechts-Regierung unter dem konservativen Regierungschef Fredrik Reinfeldt unverzüglich an eine erneute Reform der Arbeitslosenversicherung. Die Grundstruktur des Gent-Systems in Form gewerkschaftlicher Arbeitslosenkassen wurde diesmal allerdings intakt gelassen. Die Reformbemühungen konzentrierten sich stattdessen einerseits auf die Finanzierung des Arbeitslosengelds und andererseits auf das Leistungsniveau sowie die Anspruchskriterien (Bandau 2015, S. 201ff.; Kjellberg 2009). Statt der Abschaffung des Gent-Systems zielten die neuen Maßnahmen also auf dessen Aushöhlung.

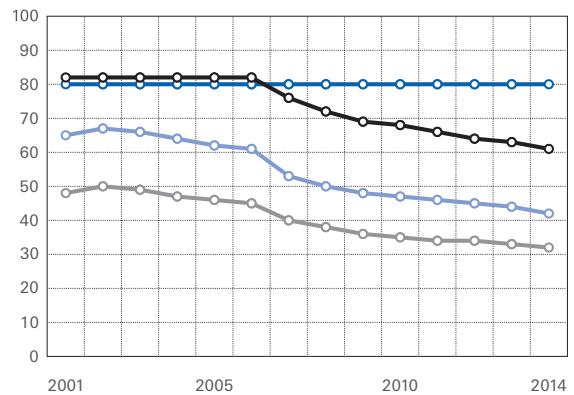
Zu diesem Zweck wurden die Leistungen für Arbeitslose durch ein Bündel von Maßnahmen gesenkt (Sjöberg 2011). Die nominale Lohnersatzrate wurde nach 200 Tagen Arbeitslosigkeit von 80 auf 70 % reduziert, nach 300 Tagen lief das Arbeitslosengeld für Kinderlose komplett aus. Die reale Lohnersatzrate lag aufgrund der Existenz einer Leistungsobergrenze für viele Arbeitslose jedoch deutlich unter der nominalen Lohnersatzrate. Die Absenkung der Obergrenze zu Beginn der Amtszeit und die ausbleibende Anpassung an die Lohnentwicklung bis 2014 sorgten außerdem dafür, dass sich die tatsächliche Lohnersatzrate von Jahr zu Jahr verringerte (Abbildung 1). So lag die Höhe des Arbeitslosengelds für einen Alleinstehenden mit Durchschnittslohn im Jahre 2014 nur noch bei 42 % des

ABBILDUNG 1

Nominelle und reale Lohnersatzraten in Schweden, 2001–2014

Angaben in Prozent

NLE — RLE 67 — RLE 100 — RLE 150



NLE = Nominelle Lohnersatzrate (Tage 1–200);
RLE67, RLE100, RLE150 = Reale Lohnersatzraten für eine(n) Alleinstehende(n) ohne Kinder mit 67%, 100% und 150% des Durchschnittslohns

Quelle: OECD (eigene Darstellung)

WSI Mitteilungen

vorherigen Lohnes. Eine zunehmende Zahl der Arbeitslosen war vom Bezug des Arbeitslosengelds schließlich komplett ausgeschlossen, da die bürgerliche Regierung auch die Bezugskriterien deutlich verschärfte. Anders als zuvor berechtigten die Teilnahme an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik sowie Studienzeiten nun nicht mehr zum Bezug von Arbeitslosengeld, wobei allein Letzteres 18 % der Arbeitslosen betraf.

Während diese Maßnahmen den Nutzen der Mitgliedschaft in einer Arbeitslosenkasse senkten, kam es gleichzeitig zu einer deutlichen Erhöhung der Kosten (Kjellberg 2009, 2011). Zu Beginn des Jahres 2007 verzeichneten alle Arbeitslosenkassen einen massiven Anstieg der Mitgliedsbeiträge, teilweise kam es fast zu einer Vervierfachung (Tabelle 2). Der Grund für den Anstieg war ein Gesetz der Reinfeldt-Regierung, das verlangte, dass die Hälfte der Kosten der Arbeitslosigkeit durch Mitgliedsbeiträge gedeckt würde. Dies erfolgte durch eine Kopplung an die branchenspezifische Arbeitslosigkeit, wodurch sich die Mitgliedsbeiträge zwischen den Arbeitslosenkassen ab 2007 erheblich unterschieden. Das hatte zur Folge, dass Beschäftigte in Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit (und niedrigen Löhnen) fortan die höchsten Beiträge zu zahlen hatten. Im Rahmen der Finanzkrise wurden die steuerlichen Mittel zur Finanzierung der Arbeitslosen zwar wieder etwas aufgestockt, die Kopplung an die branchenspezifische Arbeitslosigkeit wurde aber sogar noch verstärkt, was zu einer noch stärkeren Spreizung bei den Mitgliedsbeiträgen führte (Tabelle 2, Spalte 4).

TABELLE 2

Mitgliedsbeiträge ausgewählter Arbeitslosenkassen, 2006–2010 und Veränderung der Mitgliederzahlen, 2006–2008, in Schweden

	Mitgliedsbeitrag im Monat (SEK)						Mitglieder 2006–08	
	Dezember 2006	Januar 2007	September 2008	Dezember 2009	Dezember 2010	Änderung 2006–10	A-Kasse	Gewerkschaft
Lehrer (TCO)	97	247	148	90	90	–7	–4,1 %	–2,7 %
AEA (Saco)	90	240	150	90	90	0	–2,4 %	+0,7 %
Finanzen (TCO)	86	244	118	90	90	+4	–3,1 %	–0,2 %
Unionen (TCO)	90	331	214	214	214	+106	–11,8 %	–8,9 %
Lebensmittel (LO)	102	359	327	287	297	+195	–15,8 %	–16,7 %
Transport (LO)	106	361	296	306	306	+200	–12,8 %	–14,9 %
Handel (LO)	95	346	305	335	315	+220	–15,1 %	–15,2 %
Baugewerbe (LO)	116	366	296	425	375	+259	–11,9 %	–11,3 %
Metall (LO)	93	339	224	384	390	+297	–8,5 %	–9,9 %
Hotel u. Gastronomie (LO)	97	361	397	430	405	+308	–35,3 %	–31,0 %
Musiker (LO)	115	415	415	415	444	+329	–37,7 %	–18,5 %
„Polarisierung“	29	175	297	360	354			

SEK = Schwedische Krone, 9 SEK ≈ 1 Euro. TCO = Dachverband der Angestelltengewerkschaften, LO = Dachverband der Arbeitergewerkschaften.

AEA ist die Arbeitslosenkasse der Akademiker gewerkschaft Saco. Unionen ist die größte Arbeitslosenkasse für Angestellte.

Quelle: Kjellberg 2009, 2011; IAF (Kontrollgremium der schwedischen Arbeitslosenversicherung)

WSI Mitteilungen

Das erklärte Hauptziel der Regierung bestand darin, die Gewerkschaften durch eine größere Beteiligung an den Kosten der Arbeitslosigkeit zu einer zurückhaltenderen Lohnpolitik zu bewegen – ein Plan, der aus verschiedenen Gründen nicht aufging (siehe dazu Kjellberg 2009, S. 499ff.). Dass die geänderte Finanzierung den Gewerkschaften auf direktem Wege schaden würde, war der Regierung jedoch durchaus bewusst. So prophezeiten die Ökonomen, auf deren Modell sich die bürgerliche Regierung bei ihrer Reform stützte, dass ein Anstieg des Eigenanteils der Gewerkschaftsmitglieder zu einem Rückgang der Mitgliederzahlen der Gewerkschaften führen würde (Holmlund/Lundborg 1999).³ Die gewerkschaftsfeindliche Stoßrichtung der Reform wird auch dadurch bestätigt, dass die Mitte-Rechts-Regierung gleichzeitig die steuerliche Absetzbarkeit von Gewerkschaftsbeiträgen aufhob.

Und tatsächlich trat der prophezeite Effekt fast unverzüglich ein. Insgesamt verloren die Gewerkschaften von 2006 bis 2008 etwa 8 % ihrer Mitglieder, ein historisch einmaliger Rückgang. Die Arbeitslosenkassen verzeichneten sogar noch größere Verluste (Kjellberg 2011, 2016). Wie die letzten Spalten von Tabelle 2 verdeutlichen, waren die Verluste dabei alles andere als gleichmäßig über die einzelnen Gewerkschaften verteilt. Die zur LO gehörigen Arbeitergewerkschaften verloren in den zwei Jahren satte 11,5 % ihrer Mitglieder, während die Angestelltengewerkschaften unter dem Dach der TCO 6,6 % ihrer Mitglieder einbüßten. Dass besonders Beschäftigte in Branchen mit hohem Arbeitslosigkeitsrisiko und geringen Löhnen die Gewerkschaften verließen, wird durch die Zahlen für das Hotel-

und Gaststättengewerbe illustriert. Wie Tabelle 2 zeigt, verlor die zuständige Gewerkschaft in zwei Jahren fast ein Drittel ihrer Mitglieder. Es ist offensichtlich, dass der starke Anstieg der Mitgliedsbeiträge in Verbindung mit den verschärften Anspruchskriterien, die viele Beschäftigte in diesem Sektor nicht erfüllen, die Menschen regelrecht aus den Gewerkschaften trieb.

Die Zahlen belegen eindrucksvoll, dass die Aushöhlung des Gent-Systems deutlich erfolgreicher war als der Anfang der 1990er durchgeführte, auf die Abschaffung des Gent-Systems zielende Frontalangriff. Als besonders verheerend für die Gewerkschaften erwies sich dabei die massive Erhöhung der Mitgliedsbeiträge. In Verbindung mit der Verschärfung der Anspruchskriterien und Leistungskürzungen wurde es für viele Beschäftigte deutlich unattraktiver, Mitglied einer Arbeitslosenkasse zu sein, woraufhin viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auch ihre Gewerkschaftsmitgliedschaft aufgaben.

3 Auch die sozialdemokratische Vorgängerregierung und der spätere Vorsitzende des einflussreichen Finanzpolitischen Rates, Lars Calmfors, warnten vor genau diesen Konsequenzen (Bandau 2017, S. 19f.).

5 Dänemark: Entkopplung von Arbeitslosenversicherung und Gewerkschaften

Bereits 2001, also wenige Jahre bevor die bürgerliche „Allianz für Schweden“ sich an die Aushöhlung des schwedischen Gent-Systems machte, hatte in Dänemark eine Koalition aus dem rechtsliberalen „Venstre“ und den Konservativen die Regierung übernommen. Aus den Reihen von Venstre hatte es bereits zu Oppositionszeiten immer wieder scharfe Angriffe auf das bestehende Gent-System gegeben. Gemäß der marktliberalen Ideologie kritisierte die Partei vor allem den aus ihrer Sicht fehlenden Wettbewerb aufgrund der Monopolstellung der Gewerkschaften, die die Liberalen im Falle eines Wahlsiegs aufzubrechen versprachen (Jensen 2014, S. 106ff.).

Nach der Regierungsübernahme im November 2001 ließ die neue rechte Regierung unter Anders Fogh Rasmussen (Venstre) ihren Ankündigungen unverzüglich Taten folgen (Due/Madsen 2007, 238f.). Ähnlich wie in Schweden entschied sich die Regierung dabei gegen eine Abschaffung des Gent-Systems und für dessen Liberalisierung. Anders als im schwedischen Fall setzte sie allerdings nicht bei der Finanzierung und den Leistungen an, sondern wählte eine stärkere Entkopplung von Arbeitslosenkassen und Gewerkschaften. Der Kern der Reform bestand darin, die Struktur branchenspezifischer gewerkschaftlicher Arbeitslosenkassen aufzubrechen, indem auch branchenübergreifende Arbeitslosenkassen zugelassen wurden. Ursprünglich war dazu auch die Schaffung einer öffentlichen Arbeitslosenkasse vorgesehen. Dieser Vorschlag wurde jedoch von der rechtspopulistischen Dänischen Volkspartei, auf deren Unterstützung die rechte Minderheitsregierung angewiesen war, abgelehnt. Das

endgültige Gesetz beschränkte sich daher auf die Zulassung branchenübergreifender Arbeitslosenkassen (Ibsen et al. 2013, S. 450ff.; Jensen 2014, S. 108ff.).

Diese auf den ersten Blick harmlos wirkende Änderung erwies sich als wichtiges Einfallstor für sogenannte „alternative Gewerkschaften“ oder „gelbe Gewerkschaften“, die historisch nicht der Arbeiterbewegung zugehörig und häufig arbeitgeberfreundlich orientiert sind (Due et al. 2010, S. 125ff.; Ibsen et al. 2013). Die alternativen Gewerkschaften sind anders als die traditionellen Gewerkschaften auch nicht auf bestimmte Branchen und Berufsgruppen beschränkt, wodurch sie in offener Konkurrenz zu diesen stehen. Nach der Zulassung branchenübergreifender Arbeitslosenkassen verfügten sie dabei über den enormen Vorteil, die Arbeitslosenversicherung zu einem deutlich niedrigeren Preis anbieten zu können als die traditionellen Gewerkschaften, weil sie keine finanziellen Mittel für Kollektivverhandlungen, Arbeitskämpfe etc. benötigen. Dieser Preisvorteil wurde von der liberal-konservativen Regierung im Jahre 2010 weiter ausgebaut, indem die Schwelle abgesenkt wurde, bis zu der Gewerkschaftsbeiträge steuerlich absetzbar sind – bezeichnenderweise auf ein Niveau knapp oberhalb des Beitragsniveaus der alternativen Gewerkschaften (Ibsen et al. 2013, S. 453).

Die mögliche Kostensparnis durch einen Arbeitslosenkassen- und Gewerkschaftswechsel ist dabei durchaus erheblich. Im Jahre 2012 betrug der durchschnittliche Beitrag für ein LO-Mitglied umgerechnet etwa 70 € pro Monat, während die Kosten in den alternativen Gewerkschaften bei etwa 45 € lagen (Ibsen et al. 2013, S. 458). Über das Jahr betrachtet ergibt das eine Ersparnis von 300 € – insbesondere für Bezieher geringerer Einkommen eine beträchtliche Entlastung. Auf diesem Wege liefern die alternativen Gewerkschaften einen klaren Anreiz für Trittbrettfahrerverhalten, indem sie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein Angebot machen, bei dem sie einen Teil der Gewerkschaftsbeträge sparen, während sie gleichzeitig weiterhin von den Verhandlungserfolgen der Gewerkschaften profitieren.

Ein Blick auf Tabelle 3 verdeutlicht, dass die vermeintlich kleine Änderung innerhalb des Gent-Systems beträchtliche Folgen für die dänische Gewerkschaftslandschaft hatte. Während der allgemeine gewerkschaftliche Organisationsgrad seit 2000 nur geringfügig zurückgegangen ist, lassen sich zwischen den Gewerkschaften erhebliche Verschiebungen erkennen (Due et al. 2010, S. 130ff.). Der große Verlierer ist dabei die LO, wie in Schweden der Dachverband der Arbeitergewerkschaften, die seit 2000 über 320 000 Mitglieder, das entspricht mehr als einem Viertel ihrer Mitglieder, verloren hat. Die Mitgliederzahlen der alternativen Gewerkschaften haben sich im gleichen Zeitraum mehr als verdreifacht. Umfrageergebnisse bestätigen, dass der Reform des Gent-Systems dabei eine zentrale Rolle zukommt. So erklärten in einer Umfrage unter Mitgliedern alternativer Gewerkschaften 78 % der Befragten, dass der geringere Mitgliedsbeitrag

TABELLE 3

Mitgliederzahlen und gewerkschaftlicher Organisationsgrad in Dänemark, 1985–2015

Angaben in Tausend und in Prozent

	1985	1995	2000	2005	2010	2015
LO	1119	1208	1167	1142	955	844
Alternat. Gewerk. (AG)	13	53	68	94	173	253
Total	1700	1862	1870	1893	1804	1807
Total (ohne AG)	1687	1809	1802	1799	1631	1554
Organisationsgrad ^A	68,9 %	73,1 %	71,5 %	71,7 %	67,4 %	67,7 %
Organisationsgrad ^A (ohne AG)	69,3 %	71,0 %	68,9 %	68,1 %	60,9 %	58,2 %

A Die Daten der dänischen Statistikbehörde zum gewerkschaftlichen Organisationsgrad weichen aufgrund einer anderen Berechnungsmethode etwas von den OECD-Daten in Tabelle 1 ab.

Quelle: Kjellberg/Ibsen 2016 (gekürzte Darstellung)

einen Grund beim Wechsel der Gewerkschaft dargestellt habe (Ibsen et al. 2013, S. 453ff.; vgl. auch Høgedahl 2014). Angesichts der Bedeutung des Kostenarguments ist es nicht verwunderlich, dass – ähnlich wie in Schweden – vor allem diejenigen LO-Gewerkschaften, deren Mitglieder über ein eher geringes Einkommen verfügen, einen massiven Mitgliederschwund zu beklagen haben (Kjellberg/Ibsen 2016, S. 294f.).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass es den rechten Parteien auch in Dänemark gelang, die Gewerkschaften durch Reformen des Gent-Systems zu schwächen. Im Gegensatz zu Schweden setzten die rechten Parteien in Dänemark dabei allerdings nicht auf eine Aushöhlung des Gent-Systems mittels Beitragserhöhungen und Leistungskürzungen,⁴ sondern auf eine Entkopplung der Arbeitslosenversicherung von den traditionellen Gewerkschaften. Das Ergebnis war eine erhebliche Schwächung dieser Gewerkschaften durch die kontinuierliche Abwanderung vieler Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in arbeitgeberfreundlichere alternative Gewerkschaften, welche die Arbeitslosenversicherung aufgrund geringerer Kosten zu deutlich günstigeren Konditionen anbieten können.

6 Ausblick: Sozialdemokraten als Retter?

Die Länderstudien zeigen, dass es rechten Regierungen in beiden skandinavischen Ländern gelungen ist, den Mitgliederschwund der Gewerkschaften mit ihren Attacken auf das Gent-System zu beschleunigen. Dazu bedienten sie sich allerdings unterschiedlicher Strategien. In Schweden führte die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge der Arbeitslosenkassen zu einer regelrechten Austrittswelle, während die Entkopplung von Arbeitslosenkassen und traditionellen Gewerkschaften in Dänemark ihre Wirkung über einen längeren Zeitraum entfaltete. In beiden Ländern waren Gewerkschaften, deren Mitglieder niedrige Löhne beziehen, besonders stark vom Rückgang betroffen.

Eine große Bedeutung kommt abschließend der Frage zu, ob sozialdemokratische Regierungen gegensteuern können, um den Trend zu stoppen oder gar umzukehren. In Schweden scheint dies der Fall zu sein. Nachdem bereits die bürgerliche Regierung angesichts der wachsenden Zahl nicht versicherter Arbeitsloser und unter massivem Druck der Gewerkschaften die Beiträge wieder gesenkt hatte (Kjellberg 2016, S. 60ff.), kam es unter der aktuellen rot-grünen Regierung zu einer deutlichen Anhebung des Arbeitslosengelds. Dies trug dazu bei, den Rückgang der LO-Mitgliederzahlen zu stoppen, im gebeutelten Hotel- und Gaststättengewerbe konnten die Gewerkschaften 2014 und 2015 sogar deutliche Zuwächse verzeichnen (Kjellberg/Ibsen 2016, S. 291). Mit der Wiedereinführung der steuerlichen Absetzbarkeit der Gewerkschaftsbeiträge ab 2018 setzte die SAP einen weiteren Anreiz, um den Trend umzukehren (Dagens Nyheter 2017).

In Dänemark scheint eine Umkehr des Trends über eine Reform des Gent-Systems dagegen kaum möglich, weil das preisgünstigere Angebot

der alternativen Gewerkschaften bei vielen Wählerinnen und Wählern beliebt ist (Kjellberg/Ibsen 2016, S. 300). Im Gegensatz zu Schweden ist in Dänemark außerdem eine klare Entfremdung zwischen Sozialdemokraten und Gewerkschaften zu beobachten (Allern et al. 2007), weshalb Hilfe von dieser Seite unwahrscheinlich erscheint. Dies wird durch die arbeitsmarktpolitischen Reformen der Sozialdemokraten in den 1990ern verdeutlicht, welche den Bezug von Arbeitslosengeld erschweren und die Arbeitsverpflichtungen verschärfen (Braun 2003; Klitgaard/Nørgaard 2014). Die Politik der letzten sozialdemokratischen Regierung unter Helle Thorning-Schmidt (2011–2015) war ebenfalls durch Konflikte mit den Gewerkschaften geprägt. Diese protestierten gegen die Beschniedung der Frühverrentung, das Festhalten der Regierung an einer Reduzierung der Bezugsdauer des Arbeitslosengelds und die Verschärfung von Arbeitsverpflichtungen für Sozialhilfeempfänger (Bille 2013; Refslund et al. 2017, S. 216ff.).

Ohne auf die Unterstützung der Sozialdemokraten bauen zu können, müssen die dänischen Gewerkschaften somit eigene Strategien entwickeln, um dem Mitgliederschwund entgegenzuwirken. Da vielen Abwanderungen in die alternativen Gewerkschaften individuelle Kosten-Nutzen-Erwägungen zugrunde liegen, besteht ein Ansatz darin, die Kosten der Mitgliedschaft zu senken – möglicherweise über eine einkommensabhängige Ausdifferenzierung der Beiträge – sowie bessere kollektive und personenbezogene Leistungen anzubieten. Ein weiterer Ansatz setzt darauf, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über kreative *Organizing*-Strategien, die die Anwerbung neuer Mitglieder zum Ziel haben, anzusprechen (Dörre et al. 2009). Seitens einiger dänischer Gewerkschaften sind in dieser Hinsicht erste Initiativen zu beobachten, die sich vor allem an junge Menschen richten (Gumbrell-McCormick/Hyman 2013, S. 59).

Angesichts der Abschwächung des Gent-Effekts sehen sich insbesondere die dänischen Gewerkschaften daher mit einer ähnlichen Aufgabe konfrontiert wie die deutschen Gewerkschaften: Es gilt, neue Strategien zu entwickeln und die nachkommende Generation nicht nur von den persönlichen Vorteilen der Gewerkschaftsmitgliedschaft zu überzeugen, sondern auch von der zentralen Bedeutung schlagkräftiger Gewerkschaften für das Fortbestehen einer solidarischen Gesellschaftsordnung. ■

LITERATUR

- Allern, E. H. / Aylott, N. / Christiansen, F. J.** (2007): Social democrats and trade unions in Scandinavia. The decline and persistence of institutional relationships, in: European Journal of Political Research 46 (5), S. 607–635
- Bandau, F.** (2015): Wohlfahrtsstaatliche Strukturen und Parteieneffekte. Eine vergleichende Analyse sozialpolitischer Konfliktmuster in Großbritannien, Schweden und Deutschland, Baden-Baden
- Bandau, F.** (2017): Storming labor's last strongholds. Union decline and the partisan politics of the Ghent system, Working Paper, Bamberg
- Bille, L.** (2013): Denmark, in: European Journal of Political Research Political Data Yearbook 52 (1), S. 56–60
- Böckerman, P. / Uusitalo, R.** (2006): Erosion of the Ghent system and union membership decline. Lessons from Finland, in: British Journal of Industrial Relations 44 (2), S. 283–303
- Braun, T.** (2003): Ein neues Modell für Flexicurity – der dänische Arbeitsmarkt, in: WSI-Mitteilungen 56 (2), S. 92–99, https://www.boeckler.de/cps/rde/xbr/hbs/wismit_2003_02_braun.pdf
- Bruhn, A. / Kjellberg, A. / Sandberg, Å.** (2013): A new world of work challenging Swedish unions, in: Sandberg, Å. (Hrsg.): Nordic lights. Work, welfare and management in Scandinavia, Stockholm, S. 126–186
- Checchi, D. / Visser, J.** (2005): Pattern persistence in European trade union density. A longitudinal analysis 1950–1996, in: European Sociological Review 21 (1), S. 1–21

4 Eine wichtige Ausnahme stellte die Halbierung der maximalen Bezugsdauer des Arbeitslosengelds von vier auf zwei Jahre im Jahre 2010 dar (Jensen 2014, S. 110f.).

- Clasen, J. / Viebrock, E.** (2006): Das Gentner System der Arbeitslosenversicherung – immer noch gewerkschaftliches Rekrutierungsinstrument oder sozialpolitisches Auslaufmodell? Dänemark und Schweden im Vergleich, in: Zeitschrift für Sozialreform 52 (3), S. 351–371
- Dagens Nyheter** (2017): Avdrag för fackavgiften återinförs 2018, 6.9.2017
- Dörre, K. / Holst, H. / Nachtwey, O.** (2009): Organising. A strategic option for trade union renewal?, in: International Journal of Action Research 5 (1), S. 33–67
- Due, J. / Madsen, J. S.** (2007): Det danske Gent-systems storhed – og fald?, in: Pedersen, J. H. / Huulgaard, A. (Hrsg.): *Arbejdsløshedsforsikringsloven*, 1907–2007, Kopenhagen, S. 201–247
- Due, J. / Madsen, J. S. / Pihl, M. D.** (2010): Udviklingen i den faglige organisering. Årsager og konsekvenser for den danske model, Kopenhagen
- Ebbinghaus, B. / Visser, J.** (1999): When institutions matter. Union growth and decline in Western Europe, 1950–1995, in: European Sociological Review 15 (2), S. 135–158
- Freeman, R. B. / Pelletier, J.** (1990): The impact of industrial relations legislation on British union density, in: British Journal of Industrial Relations 28 (2), S. 141–164
- Gumbrell-McCormick, R. / Hyman, R.** (2013): Trade unions in Western Europe. Hard times, hard choices, Oxford
- Hacker, J. S.; Pierson, P.** (2010): Winner-take-all politics. How Washington made the rich richer – and turned its back on the middle class, New York
- Høgedahl, L.** (2014): The Ghent effect for whom? Mapping the variations of the Ghent Effect across different trade unions in Denmark, in: Industrial Relations Journal 45 (6), S. 469–485
- Høgedahl, L. / Kongshøj, K.** (2017): New trajectories of unionization in the nordic Ghent countries. Changing labour market and welfare institutions, in: European Journal of Industrial Relations 23 (4), S. 365–380
- Holmlund, B. / Lundborg, P.** (1999): Wage bargaining, union membership, and the organization of unemployment insurance, in: Labour Economics 6 (3), S. 397–415
- Ibsen, F. / Høgedahl, L. / Scheuer, S.** (2013): Free riders. The rise of alternative unionism in Denmark, in: Industrial Relations Journal 44 (5–6), S. 444–461
- Jensen, C.** (2014): The right and the welfare state, Oxford
- Jochum, S.** (2012): Die politischen Systeme Skandinaviens, Wiesbaden
- Kjellberg, A.** (2009): The Swedish Ghent system and trade unions under pressure, in: Transfer 15 (3–4), S. 481–504
- Kjellberg, A.** (2011): The decline in Swedish union density in 2007, in: Nordic Journal of Working Life Studies 1 (1), S. 67–93
- Kjellberg, A.** (2016): Växande avgiftsskillnader i a-kassan – ökad social polarisering, Lund
- Kjellberg, A. / Ibsen, C. L.** (2016): Attacks on union organizing. Reversible and irreversible changes to the Ghent-systems in Sweden and Denmark, in: Ilsøe, A. / Larsen, T. P. (Hrsg.): *Den danske model set udefra. Komparative perspektiver på dansk arbejdsmarksregulering*, Kopenhagen, S. 279–302
- Klitgaard, M. B. / Nørgaard, A. S.** (2014): Structural stress or deliberate decision? Government partisanship and the disempowerment of unions in Denmark, in: European Journal of Political Research 53 (2), S. 404–421
- Larsson, M.** (2017): Facklig anslutning år 2017, Stockholm
- Leonardi, S.** (2006): Gewerkschaften und Wohlfahrtsstaat. Das Gent-System, in: WSI-Mitteilungen 59 (2), S. 79–85, https://www.boeckler.de/cps/rde/xbcr/hbs/wsimit_2006_02_leonardi.pdf
- Rasmussen, M. / Pontusson, J.** (2017): Working-Class strength by institutional design? Unionization, partisan politics, and unemployment insurance systems, 1870 to 2010, in: Comparative Political Studies, doi:10.1177/0010414017710269
- Reflund, B. / Sørensen, O. H.** (2016): Islands in the stream? The challenges and resilience of the Danish industrial relations model in a liberalising world, in: Industrial Relations Journal 47 (5–6), S. 530–546
- Reflund, B. / Rasmussen, S. / Sørensen, O. H.** (2017): Security and labour market flexibility. An alternative view from Denmark, in: Piasna, A. / Myant M. (Hrsg.): *Myths of employment deregulation. How it neither creates jobs nor reduces labour market segmentation*, Brüssel, S. 207–224
- Rothstein, B.** (1992): Labor-Market institutions and working-class strength, in: Steinmo S. / Thelen, K. A. / Longstreth, F. H. (Hrsg.): *Structuring politics. Historical institutionalism in comparative analysis*, Cambridge, S. 33–56
- Schnabel, C.** (2013): Union membership and density. Some (not so) stylized facts and challenges, in: European Journal of Industrial Relations 19 (3), S. 255–272
- Scruggs, L. A.** (2002): The Ghent system and union membership in Europe, 1970–1996, in: Political Research Quarterly 55 (2), S. 275–297
- Sjöberg, O.** (2011): Sweden. Ambivalent adjustment, in: Clasen, J. / Clegg, D. (Hrsg.): *Regulating the risk of unemployment. National adaptations to post-industrial labour markets in Europe*, Oxford, S. 208–231
- Streeck, W.** (2009): Re-forming capitalism. Institutional change in the German political economy, Oxford
- Vandaele, K.** (2006): A report from the homeland of the Ghent system. The relationship between unemployment and trade union membership in Belgium, in: Transfer 12 (4), S. 647–657
- Waddington, J.** (2015): Trade union membership retention in Europe. The challenge of difficult times, in: European Journal of Industrial Relations 21 (3), S. 205–221
- Western, B.** (1997): Between class and market. Postwar unionization in the capitalist democracies, Princeton
- Woolfson, C. / Thörnqvist, C. / Sommers, J.** (2010): The Swedish model and the future of labour standards after Laval, in: Industrial Relations Journal 41 (4), S. 333–350

AUTOR

FRANK BANDAU, Dr., ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Professur für Politikwissenschaft, insb. international vergleichende Politikfeldanalyse, an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg. Forschungsschwerpunkte: Vergleichende Wohlfahrtsstaatsforschung, Parteien, Nordische Länder.

✉ frank.bandau@uni-bamberg.de